

Nicht für die Presse
Ausgeteilt

Bern, den
30. Juni 1976

Ergebnisse des EFTA-Ministerrates vom 3. Juni 1976. Bericht

Volkswirtschaftsdepartement. Antrag vom 23. Juni 1976 (Beilage)

Antragsgemäss hat der Bundesrat Ministerrates vom 3. Juni 1976

1. Der Rat **b e s c h l o s s e n** : Wirtschaftsbeziehung und

Vom Bericht des Volkswirtschaftsdepartements über die Ergebnisse des EFTA-Ministerrates vom 3. Juni 1976 wird zustimmend Kenntnis genommen.

Protokollauszug (Antrag ohne Beilagen) an:

- EVD 13 (GS 3, HA 10) zum Vollzug
- EPD 6 zur Kenntnis

2. Die Konferenz hat Gelegenheit zu einem sehr nützlichen und informativen Gedenkstundengespräch über folgende Problemkreise:

Allgemeine Wirtschaftsbeziehungen;

Nord-Süd-Dialog und Beziehungen zu den Entwicklungsländern;

Hilfe der EFTA-Länder an Portugal; Orientierung über das portugiesische Austerity Programm; portugiesisches Gesuch um Einführung oder Erhöhung von Zöllen auch auf EFTA-Waren;

Oesterreichische Initiative zur Verstärkung der Zusammenarbeit unter den EFTA-Ländern;

Beziehungen zu den europäischen Mittelmeerländern;

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Schwarz

Vorschlag im Konsultativkomitee für ein
vermehrtes Mitspracherecht der Gewerkschaften;

Einzelfragen im Zusammenhang mit dem freien
Handel.

Bern, den

Nicht für die Presse

Ausgeteilt

3. Allgemeine Wirtschaftsfragen und auswärtige
Wirtschaftsbeziehungen

An den B u n d e s r a t

Ergebnisse des EFTA-Ministerrates vom 3. Juni 1976

1. Der Rat der europäischen Freihandelsassoziation und der Rat der Assoziation Finnlands mit der EFTA haben am 3. Juni 1976 in Genf unter dem Vorsitz der norwegischen Handelsministers Bakke auf Ministerebene getagt. Die schweizerische Delegation stand unter der Leitung von Bundesrat E. Brugger.
2. Die Konferenz bot Gelegenheit zu einem sehr nützlichen und informativen Gedankenaustausch über folgende Problemkreise:
 - Allgemeine Wirtschaftsfragen und auswärtige Wirtschaftsbeziehungen;
 - Nord-Süd-Dialog und Beziehungen zu den Entwicklungsländern;
 - Hilfe der EFTA-Länder an Portugal; Orientierung über das portugiesische Austerity Programm; portugiesisches Gesuch um Einführung oder Erhöhung von Zöllen auch auf EFTA-Waren;
 - Oesterreichische Initiative zur Verstärkung der Zusammenarbeit unter den EFTA-Ländern;
 - Beziehungen zu den europäischen Mittelmeerländern;

Vorschlag im Konsultativkomitee für ein vermehrtes Mitspracherecht der Gewerkschaften; Einzelfragen im Zusammenhang mit dem freien Warenverkehr.

3. Allgemeine Wirtschaftsfragen und auswärtige Wirtschaftsbeziehungen

Der schweizerische Delegationschef leitete die Diskussion über diesen Punkt mit einem Grundsatzvotum ein (vergleiche Beilage). Seine Ausführungen fanden im Allgemeinen Zustimmung, wobei höchstens die Akzente von Land zu Land etwas verschieden gesetzt wurden. Während schweizerischerseits vor allem auf das Problem des hohen Frankenkurses sowie die weiterhin notwendige Inflationsbekämpfung Gewicht gelegt wurde, zeigte Schweden sich besorgt über die Beschäftigungslage, glaubt jedoch, in der Beurteilung der Entwicklung optimistischer sein zu dürfen als der schweizerische Delegationschef in seinem Einleitungsreferat. Portugal und Finnland wiesen auf die Schwierigkeiten hin, die nach wie vor im Zusammenhang mit den Zahlungsbilanzdefiziten dieser Länder bestehen. Island konnte mit Befriedigung auf die bevorstehende Anwendung der Fischereibestimmungen seines Freihandelsabkommens mit der EWG verweisen, nachdem der Fischereikonflikt mit dem Vereinigten Königreich nunmehr eine Lösung gefunden hat. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die EFTA die Feuerprobe der Rezession relativ gut überstanden hat.

Das Gleiche gilt auch für die von den einzelnen EFTA-Ländern mit der EWG abgeschlossenen Freihandelsabkommen. Die in Gang befindliche wirtschaftliche Erholung sollte durch alle EFTA-Länder möglichst wirkungsvoll unterstützt werden. Die kleineren Länder wie diejenigen der EFTA sollten bei der Aufrechterhaltung der liberalen Handels-

- 3 -

beziehungen eine führende Rolle spielen. In diesem Sinne werden sie sich auch für die Erneuerung des Stillhalteabkommens (Trade pledge) einsetzen.

Es konnte festgestellt werden, dass die EFTA-Länder bei der vor kurzem zu Ende gegangenen UNCTAD-Konferenz in Nairobi dank guten Konsultationen untereinander eine parallele Haltung eingenommen haben. Der dort erzielte Erfolg eines Durchbruches auf dem Spezialgebiet der Rohstoffe sollte auch auf andere Sektoren ausstrahlen, um den Entwicklungsländern einen grösseren Anteil am Weltsozialprodukt zu sichern, vor allem durch die Gewährleistung grösserer Stabilität beim Absatz der Rohmaterialien. In diesem Zusammenhang wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass der Nord-Süd-Dialog in Paris bei der Lösung der anstehenden Probleme erfolgreich sein wird.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Beziehungen zu den Ländern Osteuropas stellten die Minister mit Befriedigung ein Zunehmen des Handelsaustausches fest und unterstützten die Bemühungen die in der Wirtschaftskommission für Europa (ECE) unternommen werden, um die wirtschaftlichen Bedingungen der in Helsinki im Jahre 1975 unterzeichneten Schlussakte zu berücksichtigen und zu einer multilateralen Durchführung zu verhelfen.

4. Portugal

Die Minister nahmen ein ausführliches Exposé ihrer portugiesischen Kollegen über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten dieses Landes entgegen. Portugal beabsichtigt, diese Schwierigkeiten durch ein Austerity Programm zu überwinden, dessen Schwergewicht auf internen Massnahmen liegt. Hingegen lässt es sich nicht vermeiden, auch im Handel mit dem Ausland gewisse Verschärfungen einzuführen. Der portugiesische Minister kündigte ferner ein Gesuch an, auch für gewisse EFTA-Waren Zölle wieder

einzuführen oder zu erheben. Die Minister nahmen von dieser Absicht, zwar mit Bedauern, Kenntnis, zeigten jedoch Verständnis für einen solchen Schritt angesichts der besonderen Lage Portugals. Diese Einstellung wurde nicht zuletzt dadurch beeinflusst, dass auch die EWG ihre Zustimmung zu derartigen Zollerhöhungen bereits grundsätzlich gegeben hat. Als erschwerendes Element ist immerhin zu verzeichnen, dass derartige Zollerhöhungen im Widerspruch zur EFTA-Konvention stehen und daher nur durch eine Aenderung des Stockholmer Ueberkommens möglich werden. Einige Länder haben daher einen entsprechenden Vorbehalt angebracht, da eine solche Aenderung in den meisten Partnerländern einer parlamentarischen Genehmigung bedarf.

Ueber die von den EFTA-Ländern zugunsten Portugals ergriffenen Hilfsmassnahmen tauschten die Minister ihre Erfahrungen aus. Es wurde mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, dass schweizerischerseits die Absicht besteht, die parlamentarische Genehmigung der schweizerischen Teilnahme an dem zugunsten Portugals errichteten Industriefonds in einem Ausnahmeverfahren, d.h. durch Behandlung beider Räte in der Herbstsession, herbeizuführen. Im Hinblick auf die von Portugal ergriffenen internen Massnahmen wurde schweizerischerseits der Erwartung Ausdruck gegeben, dass diese so wirkungsvoll sein mögen, dass auf die externen Massnahmen wie die Zusatzimportsteuer, aber auch die angekündigten Zollerhöhungen, sobald als möglich wieder verzichtet werden könnte.

5. Oesterreichische Initiative zur Verstärkung der Zusammenarbeit unter den EFTA-Ländern

Anlässlich der vertraulichen Zusammenkunft der EFTA-Minister schlug der oesterreichische Vertreter eine Gipfelkonferenz der Premier-, Aussen- und Wirtschaftsminister der EFTA-Staaten vor, an welcher in informeller Weise primär die Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften, aber auch die Folgen der EG-Mittelmeerpolitik, die Beziehungen der Europäischen Freihandelszone (EG und EFTA) zu Drittstaaten, die Rolle des Europarates usw., nicht aber neutralitätsrelevante Fragen besprochen werden sollen. Ausgangspunkt dieser Idee ist der schon der Entwicklungsklausel des Freihandelsabkommens zugrundeliegende Gedanke, wonach dieses Vertragswerk nur einen Teil der zu lösenden wirtschaftlichen Probleme zwischen den EG und den EFTA-Staaten regelt, so dass mit fortschreitender Entwicklung der Gemeinschaft ein wachsendes Bedürfnis entsteht, auch auf den vom Abkommen nicht gedeckten Bereichen mit ihr zu einvernehmlichen Lösungen zu gelangen, Lösungen, die in den meisten Fällen ein koordiniertes Vorgehen der EFTA-Staaten wünschbar erscheinen lassen.

Die schweizerische Delegation hat den oesterreichischen Vorschlag aus der Sicht der historischen Mission der EFTA, nämlich einen zureichenden Parallelismus in der west-europäischen Integration zu gewährleisten, mit Interesse zur Kenntnis genommen und festgestellt, dass der vor allem in Nordamerika üblichen Gleichsetzung der EG mit Westeuropa durch eine stärkere Profilierung der Nicht-EG-Staaten entgegengetreten werden sollte. Wird indessen auf so hohem Niveau die Initiative zu einem Dialog mit den EG gestartet, gilt es, sich zunächst zu versichern, dass Brüssel willens und in der Lage ist, zu einem solchen Gespräch Hand zu bieten, was bei der gegenwärtigen Situation der EWG höchst zweifelhaft scheint. Alsdann müssten unter den möglichen Problemen nur jene

ausgewählt werden, bei denen eine gemeinsame Haltung der EFTA-Staaten zu bewerkstelligen ist. Ferner sollte eine Aussprache unter den EFTA-Regierungen nicht lediglich west-europäische Probleme berühren, sondern auch Osteuropa sowie die weltweiten Beziehungen der EFTA-Länder mitberücksichtigen. Ferner sollte die Frage des Niveaus, auf dem dieses Treffen stattgefunden hätte, offengelassen werden.

Da der oesterreichische Vorschlag einer eingehenden Prüfung und Vorbereitung bedarf, schlug die schweizerische Delegation vor, in der Pressemitteilung des Minister-treffens noch nichts verlauten zu lassen, ein Vorschlag, der indessen nicht nur wegen der unnachgiebigen Haltung des oesterreichischen Ministers nicht aufrechterhalten werden konnte, sondern auch deswegen, weil die Presse durch oesterreichische Indiskretionen schon vorgängig orientiert worden war.

Der schliesslich im Pressecommuniqué eingefügte Text lautet: "Die Minister nahmen eine Anregung Oesterreichs, in naher Zukunft eine Tagung von Regierungsmitgliedern der EFTA-Länder auf höchstmöglicher Ebene abzuhalten, um Mittel und Wege zur Intensivierung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa und in der Welt zu erörtern, zur Kenntnis."

Der oesterreichische Vorschlag hat nur bei den Schweden ausdrückliche Zustimmung gefunden, während die übrigen Mitgliedstaaten, da der Vorschlag für Sie zu überraschend kam, sich entweder der Stellungnahme enthielten (Island, Finnland und Portugal) oder eine Bedenkzeit wünschten (Norwegen).

Was die weitere Verfolgung dieser Frage betrifft, scheinen uns zwei Punkte wesentlich zu sein: Die EFTA ist ihrem Wesen, ihrem Zweck und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung nach nicht als "Block" entworfen worden, der ein Gegengewicht zur EG bilden soll, sondern als pragmatische Lösung, die den einen Mitgliedstaaten den Beitritt zu,

den andern ein Arrangement mit der Gemeinschaft erleichtern soll. Die EFTA erfüllt in der europäischen Integrationsbewegung eine komplementäre Rolle zur EG. Entsprechend sind die von ihren Mitgliedstaaten ausgearbeiteten Vereinbarungen (Pharmazeutika, Punzierung usw.) bewusst nicht als monolithische Vertragswerke der EFTA, sondern als "offene" Uebereinkommen unter EFTA-Staaten, die den Beitritt von Drittstaaten jederzeit ermöglichen, entworfen worden. Folglich sollte ein allfälliger "EFTA-Gipfel" in einer Weise gestaltet werden, die den Anschein der Blockbildung und damit eine Abkapselungsreaktion der Gemeinschaft verhindert. Ferner sollten die zur Diskussion stehenden Probleme zusätzlich zu den Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften die wirtschaftlichen Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern, zu den übrigen industrialisierten Staaten des Westens, sowie zu den Entwicklungsländern behandeln. Schliesslich sollte eine eigentliche Verpolitisierung der EFTA unbedingt vermieden werden. Dies aus Neutralitätspolitischen Gründen, aber auch deshalb, um die Arbeitsfähigkeit der Organisation nicht zu beeinträchtigen.

Unter diesen Voraussetzungen und im Interesse einer Förderung der europäischen Integration auf konkreten und genau umschriebenen Gebieten (Handelspolitik zu Drittstaaten, Rechtsharminisierung, Normen, Umweltschutz etc.) kann einer Prüfung der oesterreichischen Vorschläge zugestimmt werden. Mit andern Worten wird es sich darum handeln, den wirtschaftlichen Konsultationen unter den EFTA-Ländern - wie von der Schweiz schon seit 1974 vorgeschlagen (vgl. Ziffer 6 des Berichtes vom 18.12.74 an den Bundesrat über die EFTA-Ministerkonferenz vom 31.10./1.11.1974 und Ziff. 6 des Berichtes vom 25.6.1975 über die EFTA-Ministerkonferenz vom 22.5.1975) einen neuen Impuls-zu geben,

und eine vom Stockholmer-Uebereinkommen nicht unmittelbar erfassten freiwilligen und selektiven Abstimmungen der Position der EFTA-Länder über europäische und weltweite wirtschaftliche Probleme anzustreben.

Da die Bearbeitung dieses Dossiers eine sehr enge Koordination zwischen der für die EFTA-Uebereinkommen zuständigen Handelsabteilung und dem Politischen Departement bedingt, schlagen wir vor, dass das Integrationsbüro EPD/EVD mit der Federführung in dieser Angelegenheit betraut wird, nachdem diese Dienststelle schon bisher für die politischen Aspekte der EFTA zuständig gewesen ist.

6. Beziehungen zu den europäischen Mittelmeerländern

Unter diesem Thema ging es im Wesentlichen um die künftige Haltung der EFTA-Länder gegenüber denjenigen Mittelmeerländern, die ihre Beziehungen zu den EG in besonderem Masse entwickeln oder den Gemeinschaften gar beitreten werden. In seiner Einführung wies der Vorsitzende auf das Interesse der EFTA-Länder an einer eingehenden Prüfung des Fragenkomplexes hin, damit vermieden werde, dass die EFTA-Länder in ihren Aussenhandelsbeziehungen mit den betreffenden Mittelmeerländern gegenüber den EG diskriminiert würden.

Der schweizerische Delegationschef unterstützte diesen Standpunkt und wies auf die wünschbare Entwicklung Europas zu einem einzigen Freihandelsraum unter Einschluss der Länder Griechenlands und Spaniens hin. Die wirtschaftlichen Beziehungen der EFTA-Länder zu diesen beiden Mittelmeerstaaten sollten parallel zu denjenigen dieser Länder mit der EWG entwickelt werden können.

- 9 -

Von verschiedener Seite wurde angeregt, auch die Türkei, Malta, Zypern und sogar Israel in die Prüfung einzuschliessen. Von schwedischer Seite wurde geltend gemacht, man müsse sich als EFTA auf europäische Länder konzentrieren, und gegenüber Spanien wurden immer noch politische Bedenken angemeldet; es wurde als politisch nicht tragbar bezeichnet, mit dem jetzigen Regime in engeren Kontakt zu treten, um die Regelung der künftigen Handelsbeziehungen zu erörtern. Schliesslich stimmten die Minister aber dahin überein, dass

- das Sekretariat der EFTA eine Studie über den gesamten Fragenkomplex ausarbeiten sollte
- der Generalsekretär der EFTA die an sich schon bestehenden informellen Kontakte mit Vertretern Spaniens auf gleicher informeller und technischer Ebene fortführen
- er analoge Kontakte mit Vertretern Griechenlands aufnehmen
- er auch mit Vertretern der Kommission der EG in Brüssel den üblichen informellen und technischen Meinungsaustausch in dieser Angelegenheit weiterpflegen sollte
- die EFTA-Regierungen bei Kontakten mit spanischen und griechischen Regierungsstellen die Frage der Ausdehnung des europäischen Freihandels auf diese Länder sondieren könnten.

7. Vorschlag im Konsultativkomitee für ein vermehrtes Mitspracherecht der Gewerkschaften

Einige Gewerkschaftsmitglieder des Konsultativkomitees haben den Vorschlag gemacht, den Gewerkschaftsverbänden der Mitgliedstaaten ein vermehrtes Mitspracherecht bei Beschäftigungsfragen und anderen, die Gewerkschaften interessierenden Problemen, einzuräumen. Zu diesem Zwecke sollten die zwischenstaatlichen Kontakte der Gewerkschaften in einem zu institutionalisierenden Gremium gefördert werden. Der Vorschlag wird zur Zeit durch das erweiterte Agendakomitee des Konsultativkomitees weiter abgeklärt. Die zu dieser Frage vorgetragene vorläufige schweizerische Haltung war eher vorsichtig abwartend. Eine definitive Stellungnahme wird erst aktuell werden, wenn die Ergebnisse der Behandlung des Vorschlages durch das Agendakomitee vorliegen.

8. Einzelfragen im Zusammenhang mit dem freien Warenverkehr

a) Schwedische Einfuhrrestriktionen für Schuhe

Der schweizerische Vertreter hat durch einen kurzen Hinweis auf diesen mangels Zustimmung des EFTA-Rates noch ungelöste Problem hingewiesen, und den Wunsch ausgedrückt, von Schweden über die in Aussicht genommenen internen Massnahmen unterrichtet zu werden, die die Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen ermöglichen sollten. Schwedischerseits wurde geltend gemacht, dass die Vorschläge für solche interne Massnahmen zur Zeit vom schwedischen Parlament behandelt werden, und dass die Hoffnung besteht, dass durch die zu ergreifenden internen Massnahmen die Einfuhrbeschränkungen in naher Zukunft überflüssig werden. Immerhin müsse mit einer gewissen Anlauf- und Uebergangsfrist gerechnet werden.

b) Finnische Zahlungsbilanzschwierigkeiten

Aus Zahlungsbilanzgründen hatte Finnland nebst den zur Wiederherstellung eines Gleichgewichtes eingeführten internen Massnahmen auch gewisse, den Handel mit den EFTA-Partnern behindernde Schutzmassnahmen ergriffen. Hierzu gehört vor allem die Ausgleichssteuer bei der Einfuhr und ein Importdepot. Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass Finnland bald in der Lage sein möge, diese Massnahmen rückgängig zu machen. Der finnische Vertreter bestätigte, dass das Importdepot auf Ende dieses Jahres abgeschafft werde.

c) Schweizerische Preiszuschläge auf Futtermitteln
(Fischmehl)

Schweizerischerseits wurde die Notwendigkeit dieser Massnahme im Lichte und im Rahmen der schweizerischen Agrarpolitik eingehend begründet, unter Hinweis auf die Gefahr einer Fehl- bzw. Ueberproduktion an Fleisch und Milch und nicht zuletzt auch wegen Importverlagerungen, die sich aus der zu grossen Belastungsdifferenz zwischen Einfuhr aus EFTA-Ländern einerseits und Drittländern andererseits ergeben hätten.

Norwegen und Island äusserten ihre Bedenken über diese von der Schweiz ergriffenen Massnahmen und richteten einen Appell an unser Land auf Abschaffung der Preiszuschläge auf EFTA-Importen, da diese im Widerspruch zur Konvention stünden. Auch wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, dass die Zuschläge mit der Zeit noch erhöht würden und ein Ausmass erreichen könnten, das für weitere Einfuhren prohibitiv wirkte. Demgegenüber wurde schweizerischerseits zugesichert, dass es sich bloss um eine regulative Massnahme handle, dass die Zuschläge nicht höher angesetzt würden als dies im Sinne eines Produktionsgleichgewichtes unbedingt erforderlich ist, und dass sie jeweilen auf ihre Notwendigkeit hin sorgfältig überprüft würde.

9. Die nächste Tagung des EFTA-Rates auf Ministerebene soll, auf Einladung Portugals, das dannzumal auch die Präsidentschaft innehaben wird, am 11. und 12. November 1976 in Portugal stattfinden.

Wir

b e a n t r a g e n

demgemäss, den vorstehenden Bericht in zustimmendem Sinn zu genehmigen.

EIDG. VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT

sig. Brugger

Beilagen: - Pressecommuniqué der
Ministerratstagung

- Schweizerische Erklärung
"Allgemeine Wirtschaftsfragen und
auswärtige Wirtschaftsbeziehungen"

Protokollauszug: Eidg. Politisches Departement (6)

Eidg. Volkswirtschaftsdepartement

- Generalsekretariat (3)
- Handelsabteilung (10)

